

Sitzung Nr. 10 vom 19. November 2019

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Robert Gerber Konrad Schleiss Reto Gasser Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Vanessa Meury (Ersatz) Matthias Meier-Moreno Simon Klaus (Ersatz) Nicole Hirt
Entschuldigt	Fabian Affolter Peter Brotschi
Anwesend von Amtes wegen	Aquil Briggen, Stadtbaumeister David Baumgartner, Finanzverwalter Christian Ambühl, Polizeikommandant Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Reto Kämpfer, Leiter SDOL Per Just, Geschäftsleiter SWG Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:00 Uhr

TRAKTANDEN (2558 - 2565)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 9 vom 29. Oktober 2019 (GR-Beschlüsse 2546, 2547, 2549, 2550, 2551, 2552): Genehmigung im Hinblick auf die Gemeinde-

versammlung vom 4. Dezember 2019

- | | | |
|---|------|--|
| 2 | 2558 | SWG: Aufhebung Anschlussgebühren für Elektrizität |
| 3 | 2559 | Schrankensystem auf dem Parkplatz Rainstrasse („Postparkplatz“) |
| 4 | 2560 | Schulverwaltung: Einrichtung von Tagesstrukturen im Schulkreis Kastels, Wiedererwägung des GR-Beschlusses Nr. 2472 vom 2. April 2019 |
| 5 | 2561 | Schulhaus I: Projekt Einbau der Schulküchen und Innensanierung |
| 6 | 2562 | Friedhof: Umgestaltungsplan, für neues Baumurnengrab Friedhof: Umgestaltungsplan, für neues Baumurnengrab |
| 7 | 2563 | Kulturkommission: Demission von Salome Kohli als Ersatzmitglied, Ersatzwahlvorschlag der FDP.Die Liberalen: Silvan Schreiber |
| 8 | 2564 | Reglement zum Planungsausgleich: Änderung § 6 |
| 9 | 2565 | Kleine Anfrage Nicole Hirt (glp): Landkäufe resp. -verkäufe: Einreichung |

- o -

Die GR-Beschlüsse 2546, 2547, 2549, 2550, 2551, 2552 der Sitzung Nr. 9 vom 29. Oktober 2019 werden Hinblick auf die Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2019 genehmigt.

- o -

SWG: Aufhebung Anschlussgebühren für Elektrizität

Vorlage: SWG VRB 19.011/28.10.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Per Just, Geschäftsleiter SWG, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Richard Aschberger, ist grundsätzlich immer für tiefere Steuern sowie weniger Abgaben und Gebühren. Das steht ausser Frage. Auch der Punkt, dass es rückwirkend für das ganze Jahr 2019 gelten soll, hat in der Fraktion zu keinen Diskussionen geführt. Aber sie hat sich gefragt, weshalb man das Geschäft nicht zusammen mit der Eignerstrategie bringt, die im Dezember-Gemeinderat präsentiert werden soll. Man will dem nicht vorgreifen und man weiss aktuell nicht, ob in der gesamten Strategie eventuell Punkte sind, welche sich damit schneiden könnten, beispielsweise ob dort noch mehr Ertragsausfälle drin sind und das irgendwie anders kompensiert werden sollte, z.B. mit Zusatzabgaben auf fossible Brennstoffe sprich normales Gas (nicht Biogas) oder mit Strafen, wenn man Atomstrom (nicht Ökostrom) nehmen möchte oder mit irgendeiner „Greta“-Abgabe“. Aus diesem Grund stellt die SVP den Antrag auf eine 2. Lesung. Eintreten ist nicht bestritten.
- 2.2 Gemeinderat Daniel Hafner erklärt, dass die SP-Fraktion eine andere Sicht der Dinge hat. Sie hat den Eindruck dass die Photovoltaik ein riesiges Potential hat, welches in der Schweiz noch ein bisschen ein Schattendasein fristet. Sie teilt die Meinung von Per Just, dass man am Anfang einer Wende steht und die Strategie der Energiegewinnung nachhaltig und CO₂-neutral gestalten sollte. Das steht ausser Frage. Deshalb ist es aus Sicht der SP richtig und wichtig, dass man Reglemente, die diesem Ziel im Wege stehen, ändert. Die SP befürwortet die zukunftsgerichtete und ökologische Energiegewinnung und unterstützt den Antrag entsprechend.
- 2.3 Laut Gemeinderat Reto Gasser schliesst sich die FDP-Fraktion dem Votum der SP-Fraktion vollumfänglich an. Die Stadt Grenchen nennt sich Energiestadt. Da passt es nicht, dass den erneuerbaren Energiequellen nach wie vor Steine im Weg liegen. Wobei es nicht darum geht, dass jetzt Steine aus dem Weg geräumt werden, sondern man probiert erstmal, das Gesetz in dem Sinne zu bereinigen, dass der Weg frei ist. Es kann nicht sein, dass auf Bundesebene und auf kantonaler Ebene Fördermassnahmen für erneuerbare Energien ergriffen und auf kommunaler Ebene dann quasi wieder neutralisiert werden.

- Deshalb sieht er nicht ein, weshalb es eine 2. Lesung braucht oder was es für einen Zusammenhang mit der Eignerstrategie hat. Das verzögert das Ganze nochmals. Die FDP wird dem Antrag gemäss Vorlage zustimmen und ist dafür, dass man es der Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2019 vorlegt.
- 2.4 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno schliesst sich seinen zwei Vorrednern an. Er sieht auch nicht ein, weshalb man auf die Eignerstrategie warten soll. Letztlich wird es die genau gleiche Haltung des Gemeinderates geben. Die CVP-Fraktion kann dem Papier so zustimmen.
- 2.5 Gemeinderätin Nicole Hirt kann grundsätzlich allen Ausführungen folgen. Natürlich ist auch die glp für erneuerbare Energien. Aus der Vorlage ist für sie nicht klar ersichtlich, wie viel es hier wirklich die erneuerbaren Energien betrifft. Es werden Pauschalbeträge genannt. Sie weiss nicht, wie viel davon erneuerbare und wie viel konventionelle Energien ausmachen. Aus dem Papier geht auch nicht hervor, was die Stadt für die natürlichen Personen zu tun gedenkt. Hier spricht man nur von Investitionen bei Firmen. Ihr ist wichtig, dass man ein Auge darauf hat, was für die natürlichen Personen getan werden könnte. Man weiss auch nicht, welche Gelder man vom Kanton oder vom Bund noch abholen könnte. Für sie ist alles sehr wässrig. Sie ist ebenfalls der Auffassung, dass man zuerst warten müsste, bis die Eignerstrategie durch ist, denn die Stadt ist ganz klar Eignerin der SWG. Im Moment ist es so, dass der Geschäftsleiter der SWG einen Antrag stellt. Sie kann seine Eile nicht verstehen. So wie es jetzt daher kommt, geht es durch den Gemeinderat, ohne dass die Stadtverwaltung etwas dazu sagen konnte. Sie findet das nicht ganz richtig. Deshalb stellt sie Antrag auf Nicht-Eintreten.
- 2.6 Für Stadtpräsident François Scheidegger sind die Argumentarien schon ein wenig kryptisch. Er sieht nicht ein, was es mit Eignerstrategie zu tun hat. Diese wird dem Gemeinderat am 3. Dezember 2019 unterbreitet - das ist ein erster Schritt. In einem zweiten Schritt geht es um die Public Corporate Governance und in einem dritten Schritt (bzw. wahrscheinlich wird man das gleichzeitig angehen) darum, mit der SWG eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen. Dort werden politische Zielvorgaben gemacht werden können. Das vorliegende Geschäft hat nichts damit zu tun. Hier soll der Gemeinderat der Gemeindeversammlung den Antrag stellen, eine entsprechende Reglementsänderung zu beschliessen.
- 2.7 Per Just widerspricht Nicole Hirt. Er stellt hier nicht direkt einen Antrag. So etwas geht durch den Verwaltungsrat SWG (die Vorlage ist der „*Verwaltungsrats-Beschluss Nr. 19.011 vom 28. Oktober 2019*“). Seines Wissens hat man 1995 bewusst einen Akt vollzogen und die SWG in die Teilautonomie entlassen. Dafür wurde dem Verwaltungsrat SWG die Verantwortung übertragen und nicht der Verwaltung. Es war schon immer so, dass, wenn er dem Gemeinderat etwas beantragen wollte, es eines VR-Beschlusses bedurfte. Die SVP-Fraktion hat vorhin gefragt, ob noch zusätzliche Abgaben kommen werden. Er ist ein real denkender Mensch. Es käme ihm nicht in den Sinn, wenn man eine Gebühr abstellen will, irgendwelche Strafmassnahmen oder Zusatzabgaben einzufordern. Das wäre absolut nicht im Sinn der SWG. Es ist einfach ein Ärgernis, das man schon seit längerem hat und wegbringen möchte. Das hat man jetzt getan. Warum die Eile? Wenn es heute nicht beschlossen wird, reicht es nicht mehr für die Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2019. Dann müsste man ein halbes Jahr warten (GV Juni 2020).
- 2.8 Für François Scheidegger hat es auch nichts mit den natürlichen und juristischen Personen zu tun. Er versteht nicht, was Nicole Hirt hier meint.

- 2.9 Nicole Hirt erklärt, dass die Energiestrategie 2050 auch mit den Sachen zu tun hat, die natürliche Personen investieren wollen. Das ist ja logisch. Man muss irgendwie Anreize schaffen können, damit die Leute auch privat in erneuerbare Energien investieren. Das ist ein Teil des Gesamtpakets. Jetzt pickt man einen Teil heraus und präsentiert ihn dem Gemeinderat. Vom Rest spricht niemand. Es stört sie, dass man nicht das Gesamte anschaut.
- 2.10 Per Just erwidert, dass die Förderungen vom Bund und vom Kanton gemacht werden. Die SWG kann einzig dazu beitragen, dass, wenn es um das Thema der Förderung der Photovoltaik in Grenchen geht, man die Hürden abschafft. Will man jetzt warten, bis die Eignerstrategie oder das CO₂-Strategiekonzept der SWG stehen, dann geht es wieder ein Jahr und das wäre schade. Wenn man einen Paragrafen mit einem Federstrich wegbringen kann, sollte man es machen, und zwar möglichst unkompliziert.
- Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Alexander Kaufmann versteht nicht, weshalb man das diskutiert. Will man jetzt vorwärts kommen oder nicht? Man muss doch auch etwas Positives entgegen nehmen können, sagen, dass es gut ist, und dann umsetzen. Es gehört ausserdem zur Attraktivität, die man in dieser Stadt fördern will. Man hat sich für den Kompass entschieden. Das ist auch ein Teil davon. Warum sich daran aufhalten? Es ist etwas Gutes und wenn es so schnell und unkompliziert abgewickelt werden kann, müsste man es unterstützen. Er macht beliebt machen, das Geschäft gemäss Antrag zu genehmigen.
- 3.2 Richard Aschberger erkundigt sich, wie viele der Anschlussgebühren konventionelle und wie viele erneuerbare Energien betreffen. Ist es 50 zu 50?
- 3.2.1 Per Just hat keine Statistik erstellt. Wenn die SWG die Gebühr bei Photovoltaik einfordert, gibt es jedes Mal einen riesigen Trubel. Es wird einfach nicht verstanden. Da man noch nicht richtig angefangen hat, die Energiestrategie umzusetzen, ist der Anteil der Photovoltaik noch relativ klein. Er ist aber sicher, dass dieser bei den Privaten durch Umbauten steigen wird. Dort ist ein riesiger Ärger vorprogrammiert. Es würde dem Gemeinderat gut anstehen, weitsichtig zu sein und das Problem vorausseilend zu lösen. Eine Statistik kann er nicht abgeben. Im Moment ist es ein kleiner Teil.
- 3.2.2 Richard Aschberger zieht den Antrag der SVP auf 2. Lesung zurück.
- 3.3 Nicole Hirt hat eine Präzisierung zum Antrag. Sie möchte, dass *diese Gebühren nur entfallen, wenn die Erhöhung der Anschlussleistung durch erneuerbare Energien gewährleistet wird*. Das ist in der Vorlage nicht ganz klar ersichtlich. Es sprechen alle davon, dass es so ist. Aber es steht für sie so nicht drin.
- 3.3.1 Gemäss Per Just ist der Antrag anderslautend: Der ganze Paragraf 62 soll gestrichen und es soll ganz auf die Anschlussgebühren verzichtet werden.
- 3.3.2 François Scheidegger hat hier rechtliche Bedenken. Das ist eine Diskriminierung. Das müsste abgeklärt werden.
- 3.3.3 Nicole Hirt argumentiert, dass es in anderen Gemeinden bereits so ist.
- 3.3.4 Per Just stellt sich die Frage, was man dann mit einer Person macht, die ein Gebäude hat und im Nachhinein eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach installiert.

Ist dann die Meinung, dass man ihr das, was sie schon bezahlt hat, zurückzahlt? Das wäre nicht im Sinne des Verwaltungsrats der SWG. Dann macht man es komplizierter. Das wäre schade. Es wäre gut, wenn man es streicht.

- 3.3.5 Nicole Hirt findet, dass die Gleichbehandlung von konventionellen und erneuerbaren Energien nicht zur Energiestadt passt.
- 3.3.6 Ivo von Büren warnt davor, den Antrag von Nicole Hirt anzunehmen. Dann werden nur denjenigen mit Anlagen aus erneuerbaren Energien die Gebühren erlassen. Hier macht er nicht mit.
- 3.3.7 François Scheidegger ist der Ansicht, dass der Antrag möglich ist. Dann kann man Paragraf 62 nicht streichen, sondern müsste einen Absatz 6 hinzufügen.
- 3.3.8 Gemeinderat Robert Gerber gibt zu bedenken, dass die „Übeltäter“ oder „Übertäterinnen“, welche die sogenannte Energiewende vom Zaun gerissen haben, allem Anschein nach nicht überlegt haben, was das alles auslöst. Vernetztes Denken ist manchmal ein Fremdwort. Er ist dagegen, dass wieder zwei Kategorien von Hausbesitzern gemacht werden.
- 3.3.9 Man sieht langsam die Tendenz, so Daniel Hafner, was es alles auslöst, wenn man nichts macht. Dass es noch ganz viele Ignoranten gibt, die das nicht sehen wollen, vielleicht schon ein gewisses Alter haben und nicht so von den Massnahmen betroffen sind, ist auch eine Geschichte. Das Votum von Nicole Hirt hat etwas Wahres an sich. Eine Kategorisierung ist hier angebracht. Wenn jemand sagt, dass er nachhaltig denkt, soll es Sinn machen, dass es belohnt wird. Jemand, den es nicht interessiert, ob seine Bautätigkeit, die er in Angriff nimmt, irgendeinen ökologischen Sinn macht, soll dagegen nicht profitieren. Es ist in der Tat ein Anreiz, auch wenn es nur eine kleine Geste ist. Man kann die Energiestrategie jetzt „verteufeln“. Er findet, dass es spät, aber notwendig ist. Grenchen ist Energiestadt. Deshalb sollte man sich dem anschliessen.
- 3.3.10 Nicole Hirt stellt folgenden Abänderungsantrag: § 62 soll nicht gestrichen und um einen Absatz 6 ergänzt werden, der lautet wie folgt:

⁶ *Von der Gebührenpflicht ausgenommen sind: Anlagen aus erneuerbaren Energien.*

Der Antrag gemäss Vorlage obsiegt gegenüber dem Antrag von Nicole Hirt mit 12 : 3 Stimmen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

- 4.1 Die Anschlussgebühren für Elektrizität werden aufgehoben und § 62 des Reglements über die Abgabe von Energie und Wasser wird per 01.01.2019 gestrichen.

Vollzug: SWG, Stadtschreiberin

GV
SWG
Stadtschreiberin
KZL (Genehmigung)

8.7.0.0 / acs

Schrankensystem auf dem Parkplatz Rainstrasse („Postparkplatz“)

Vorlage: Stapo/16.09.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Polizeikommandant Christian Ambühl fasst die Vorlage anhand einer Präsentation zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist. Er dankt dem Polizeikommandanten für die gute und verständliche Präsentation. Was ihm in der Vorlage fehlt, ist die Gratisparkzeit. Das war einer der Hauptgründe, das Schrankensystem zu realisieren, weil man die Gratisparkplätze für das Grenchner Gewerbe einbauen will. Der SVP ist wichtig, dass das eingehalten wird.

- 2.2 Wie Gemeinderat Alexander Kaufmann ausführt, sind der Postparkplatz Nord und seine weitere Zukunftsentwicklung schon seit längerer Zeit ein Thema. Vor Jahren wünschte man sich, dass dieser Parkplatz vielleicht einmal einer Überbauung weichen könnte. Nun konnte die Stadt das Grundstück käuflich erwerben, was strategisch für die weitere Stadtentwicklung sicher richtig ist. Der Bedarf an Parkplätzen ist trotz des City-Parkhauses mit der ersten Stunde Gratisparkieren vorhanden. Der Postparkplatz ist regelmässig gut ausgelastet. Die vorgeschlagene Variante mit dem Einbau eines Schrankensystems ist sinnvoll und effizient. Diese Parkplatzbewirtschaftung wird in Biel und Solothurn schon seit Jahren praktiziert. Die Stadt muss zwar investieren, profitiert jedoch im Gegenzug auch von dieser Praxis der Einnahmen der Parkgebühren. Bussen müssen nicht mehr ausgestellt werden, welche sowieso in die Kasse des Kantons fliessen. Der Autofahrer muss seine Parkgebühr beim Verlassen in jedem Fall bezahlen (Schrankensystem). Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage. Sie erhofft sich jedoch, dass im Gegenzug dem Wildparkieren unter dem Stadtdach und entlang der Bettlachstrasse vermehrt Beachtung geschenkt wird und auch Ordnungsbussen verteilt werden. Die Situation in diesem Bereich ist für die Stadt so inakzeptabel und ein grosses Ärgernis.

Noch eine Bemerkung in eigener Sache: Für die Umsetzung des Schrankensystems wird ein Kredit von CHF 131'000.00 in die Investitionsrechnung aufgenommen. Er persönlich erhofft sich, dass bei einer positiven Annahme der sommerlichen Sperrung der Bettlachstrasse die geplanten Poller ebenfalls bewilligt und eingebaut werden.

Die SP ist für Eintreten und unterstützt die Vorlage gemäss Antrag.

- 2.3 Gemeinderat Reto Gasser lässt verlauten, dass die FDP-glp-Fraktion ebenfalls für Eintreten ist. Die Mindestgebühr von einem Franken, welche nota bene die Hälfte der Zeit nicht bezahlt wird, und Bussen, die in die Tasche des Kantons fließen, das kann es nicht sein. Deshalb geht die Motion Robert Gerber in die absolut richtige Richtung. Mit dem Schrankensystem, so ist die FDP-glp überzeugt, geht man einmal mit einem ersten Schritt in die richtige Richtung. Er kann sich auch nicht vorstellen, dass das Gewerbe gegen so ein System sein kann. Die Parkplätze bieten die Möglichkeit, dass man Kurzzeitparkierer allenfalls zu Gratistarifen oder zu sehr günstigen Tarifen parkieren lassen kann. Das muss man dann entsprechend ausgestalten. Er nimmt an, dass man in der Detaildiskussion noch darauf zu sprechen kommt, z.B. die erste Viertelstunde gratis oder zumindest extrem günstig und dann immer nach zwei Stunden eine Progression, die wirklich einschenkt. Dies wiederum fördert die Rotation. Die Leute kommen und gehen. Im Moment, so hat er sich sagen lassen, ist es mehr oder weniger ein Abstell- und kein Parkplatz mehr. Es darf nicht sein, dass Leute ihre Autos Tage lang stehen lassen und hoffen, einer Busse zu entgehen. Das ist für das Gewerbe nicht förderlich. Die FDP-glp ist für Eintreten.
- 2.4 Gemäss Gemeinderat Matthias Meier-Moreno hat der Gemeinderat mit dem strategischen Kauf des Grundstücks an der Rainstrasse einen ersten wichtigen Schritt in Richtung selbstbestimmter Parkplatzbewirtschaftung unternommen. Das kann nun mit einem intelligenten Schrankensystem und eines noch zu bestimmenden und darauf zugeschnittenen Tarifsystems ergänzt werden. Davon werden das Gewerbe und die Kunden profitieren können, welche die gewünschte Kurzzeitparkplätze sowie die Rotation auf dem Parkplatz vorfinden werden. Die Stadt erhält durch die Selbstbewirtschaftung die vollen Einnahmen der Parkplatzgebühren und muss keine Parkbusen mehr vom Parkplatz an der Rainstrasse nach Solothurn entrichten. Und die freiwerdenden Ressourcen können von der Stadtpolizei zu vermehrten Kontrolltätigkeiten auf anderen Parkplätzen genutzt werden. Die CVP ist überzeugt, dass mit dieser Massnahme ein Mehrwert geschaffen wird, welcher noch ausbaufähig ist. Daher wünscht sie, dass nach dem Einbau des neuen Schrankensystems eine Evaluation vorgenommen und je nach Resultat auch auf dem ehemaligen EPA-Parkplatz das gleiche Regime eingeführt wird. Die CVP ist für Eintreten.
- 2.5 Gemeinderätin Nicole Hirt ist grundsätzlich für ein Schrankensystem. Das sieht man auch auf dem City Parkplatz in Solothurn. Dort ist alles wunderbar und das Hinein- und Herausfahren kein Problem. In Grenchen hat sie ihre Bedenken von den räumlichen Verhältnissen her. Man hat zwar auf der Präsentation gesehen, dass vier Autos quasi in diesem Stauraum warten können. Sie stellt sich das trotzdem nicht so einfach vor. Es könnte zu einem Rückstau eventuell bis zur Strasse kommen. Was passiert mit dem Bus, wenn er die Strasse hinauf- und hinunterfahren will. Sie will dem Ganzen nicht entgegenstehen, aber ihre Besorgnis anbringen. Ihres Erachtens reichen 15 Minuten Gratis-Parkierzeit sicher nicht, wenn man das Gewerbe unterstützen will. In dieser Zeit kann man vielleicht ein Gipfeli kaufen. Wenn man wirklich in der Stadt einkaufen will, braucht man mindestens eine Stunde Gratiszeit, so wie man es auch im Coop Parking hat.
- 2.6 Stadtpräsident François Scheidegger nimmt das Anliegen der CVP, beim EPA Parkplatz das gleiche Regime einzuführen, entgegen. Auch beim Parkplatz Marktstrasse ist zu prüfen, ob das Schrankensystem eine Möglichkeit wäre. Der Vorteil dieser Systeme ist, dass man mit der beleuchteten Anzeigetafel „besetzt/frei“ den Suchverkehr eliminieren kann.

- 2.7 Matthias Meier-Moreno möchte wissen, ob eine Anzeigetafel im Projekt eingeplant ist, auf welcher auf beiden Seiten sichtbar ist, ob der Parkplatz frei oder besetzt ist.
- 2.7.1 Gemäss Christian Ambühl ist das so eingeplant. Die Frage ist, ob man am Boden noch etwas mit einem roten und grünen Streifen macht. Oder braucht man die Anzeigetafel noch als Hinweis, wo es überall noch Parkplätze in der Stadt hat. Das muss man noch anschauen. Die Anzeigetafel muss von beiden Seiten sichtbar sein, damit sich die Autofahrer orientieren können. Ob mehr Informationen darauf sein sollen (z.B. wie ein Leitsystem), das klärt er noch ab.
- 2.8 Hat man, so Gemeinderat Marc Willemin, abgeklärt, ob auch ein Eingang von links kommend möglich wäre? Dort ist heute ein Trottoir. Da es sich um eine 20er-Zone handelt, bräuchte es ja kein Trottoir mehr. Man könnte die Autos über das Trottoir auf das Grundstück GB Grenchen Nr. 2473 hinein- und auf der anderen Seite wieder hinausfahren lassen, dann hätte man das Problem mit dem Rückstau nicht.
- 2.8.1 Christian Ambühl erwidert, dass man alles angeschaut hat. Den Rückstau gibt es so oder so. Dort, wo ein Schrankensystem ist, kann es stauen. Wenn man es umkehrt, hat man nicht mehr Platz. Es fallen auch mehr Parkplätze weg, wenn man gerade hineinfährt. Das wurde ausgerechnet. Es gibt auch noch das Problem mit der kleinen Garage (23a). So kann man diesen Bereich ausgrenzen und der Besitzer kann seine Garage benutzen, ohne dass er in das Zählsystem hineinkommt. Deshalb hat man diese Lösung gewählt.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Parkplatz Rainstrasse wird mit einem Schrankensystem versehen.
- 4.2 Für die Einrichtung der Schranke, inkl. Umbau- und Markierungsarbeiten wird ein Kredit zu Lasten IR von CHF 131'000.00 gesprochen (Konto 6151.5060.XX).

Vollzug: BD, Stapo

Stapo
BD
FV

6.3 / acs

Schulverwaltung: Einrichtung von Tagesstrukturen im Schulkreis Kastels, Wiedererwägung des GR-Beschlusses Nr. 2472 vom 2. April 2019

Vorlage: SL/SV / 28.09.2019

- 1 Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

- 2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

- 3 Detailberatung
 - 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 11 : 4 Stimmen folgender

- 4 Beschluss
 - 4.1 Ziffer 4.5 des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 2472 vom 2. April 2019 wird in Wiedererwägung gezogen
 - 4.1.1 Geänderte Ziff. 4.5:

Für die diversen Betreuungsfunktionen (Morgentisch, Mittagstisch, Springer, Aufgabenhilfe) wird insgesamt ein Stellen-Pensum von total 370 % bewilligt.
 - 4.2 Es wird zur Kenntnis genommen, dass damit für die Tagesstrukturen an den drei Standorten, inklusiv die Stelle Nr. 106, Leitung Tagesstrukturen, mit einem bewilligten Pensum von 70 %, total 440 Stellen% bewilligt sind.

Vollzug: PA

SV
PA
FV

2.9.5 / acs

Schulhaus I: Projekt Einbau der Schulküchen und Innensanierung

Vorlage: BAPLUKB 61/04.11.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger betont, dass das Geschäft nicht durch die Küchen getrieben ist, sondern durch den Schulraumbedarf. Im Schulhaus Eichholz hat man diesen Bedarf auf das neue Schuljahr hin. Man kann mit der Aufhebung der Schulküchen drei Schulzimmer einrichten. Für ihn kam nicht in Frage, dass man hier wieder mit einem Provisorium arbeitet. Er hat deshalb den Auftrag gegeben, dass alles daran gesetzt wird, damit der Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2019 eine Vorlage unterbreitet und der nötige Kredit abgeholt werden kann. Es ist allen klar, dass die Vorlage in dieser kurzen Zeit nicht in der Tiefe gemacht werden konnte, wie es üblich ist. Die Baudirektion wird den Gemeinderat zu gegebener Zeit über die Details informieren. Er bittet den Rat, dem Geschäft zuzustimmen.
- 1.3 Beim Schulhaus Kastels, so Aquil Briggen, spricht man von CHF 80'000.00 bis 120'000.00 Miete pro Jahr für ein Provisorium. Das wird man brauchen bis zur Fertigstellung im 2024.
- 1.4 Gesamtschulleiter Hubert Bläsi gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt namens der SVP-Fraktion, dass das Schulhaus I eine lange Geschichte hat. Als langjähriger Gemeinderat hatte er immer den Eindruck, dass über dem Schulhaus I schwarze Gewitterwolken hängen, die alles verhindern. Jahre lang hat man die Sanierung des Schulhauses I immer wieder aus dem Budget gestrichen. Im 2013 wurde wenigstens die Fassadensanierung vorgenommen. Er würde jedem empfehlen, noch einmal ins Innere des Schulhauses I zu gehen. Man muss froh sein, wenn einem der Putz nicht auf den Kopf fällt. Die Liegenschaft wurde erbärmlichst vernachlässigt. Es war immerhin das erste Schulhaus der Stadt Grenchen. Es wurde eine sehr tolle Lösung mit der Stadtbibliothek in der Alten Turnhalle gefunden. Dadurch wurde der Platz frei für die Schulküchen. Er hat ebenfalls festgestellt, dass die Vorlage für den Betrag nicht sehr dick ist. Aber es besteht Bedarf. Seine Fraktionskollegen und er haben absolutes Vertrauen in die Baudirektion, dass es toll und kostengünstig umgesetzt wird.

- 2.2 Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann hat die SP-Fraktion sich intensiv mit dieser Vorlage beschäftigt hat. Er nimmt es vorweg; sie ist grundsätzlich mit diesem Geschäft einverstanden. Der Bedarf an neuen Schulküchen ist von Seiten Schulraumplanung ausgewiesen und unbestritten. Womit sie aber ihre liebe Mühe hat, ist die Art und Weise wie die Vorlage daherkommt. Für einen Kreditantrag, welcher 1.3 Mio. Franken beinhaltet, ist die Vorlage doch etwas zu mager ausgefallen und formuliert. Er hat diesbezüglich den Stadtbaumeister per Mail kontaktiert und ihm die Bedenken der SP über die Akzeptanz dieser Vorlage im Gemeinderat geäußert und deponiert. Die gleiche Diskussion wurde auch in der BAPLUK geführt. Er ist jetzt froh um die heutigen Ausführungen des Stadtbaumeisters, welcher die Bedenken ausräumen konnte. Er denkt, dass es jetzt auf gutem Wege ist. Die Ergänzungen waren notwendig.
- Noch einmal; die SP ist nicht gegen diese Vorlage. Sie verlangt jedoch, dass vor der Ausführung das Projekt noch einmal in den Gemeinderat kommt (es kann vorab auch noch in die BAPLUK gehen), damit man den Projektstand besser zur Kenntnis nehmen kann. Die SP ist für Eintreten.
- 2.3 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, stehen gemäss der Schulraumplanung aus dem Jahr 2016 nach dem Auszug der Bibliothek aus dem Schulhaus I die Innensanierung der Räumlichkeiten sowie der Einbau von zwei Schulküchen an. Die CVP-Fraktion hält an der vorgegebenen Schulraumplanung fest und findet diese absolut notwendig. Eine Verzögerung dieses Vorhabens ist nicht zielführend und bringt die ganze Schulraumplanung in Verzug. Trotzdem stellt sie aber fest, dass die Investition von 1.6 Mio. Franken viel Geld ist. Wenn man dann noch den Rückbau der Schulküchen in den Primarschulhäusern und den Umbau zu neuem Schulraum dazu rechnet, wird es nochmals teurer. Dazu auch gleich noch eine Frage: Wieso sind diese Folgekosten in der Vorlage nicht enthalten? Apropos Schulhaus I, dieses erfährt auch 150 Jahre nach seiner Erstellung eine weitere zweckmässige Umnutzung und dient jetzt neu dem Hauswirtschaftsunterricht. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten.
- 2.4 Gemeinderat Konrad Schleiss, Präsident BAPLUK, lässt verlauten, dass auch die FDP-glp-Fraktion das Vorgehen unterstützt. Sie sieht die absolute Dringlichkeit bezogen auf den Zeitplan. Unschön ist, dass man mit Skizzen an die Gemeindeversammlung gehen muss, um sich 1.3 Mio. Franken sprechen zu lassen. Über eine 1 Mio. Franken ist halt die GV-Grenze. Er schliesst sich dem Vorschlag von Alexander Kaufmann an, dass das Projekt in der BAPLUK und im Gemeinderat in den Details nochmals angeschaut wird. Man soll jetzt sagen, dass man mit der Planung vorwärts machen soll, und dann die Teilkredite in diesem Zusammenhang freigeben.
- 2.5 Gemäss Gemeinderätin Nicole Hirt hatte man vor dem Lehrplan 21 vier Stunden Hauswirtschaft pro Woche, wo gekocht, vorbereitet und Theorie vermittelt wurde. Mit dem Lehrplan 21 hat man nur noch drei Stunden pro Woche. Die Hauswirtschaftslehrerinnen waren gegen den Lehrplan 21, weil die Hauswirtschaft um eine Lektion pro Woche gekürzt wurde und sie Angst hatten, dass das Ganze vor allem theoretisch wird. Wird noch so viel gekocht wie vorher? Für sie stehen die CHF 500'000.00 für zwei Schulküchen in keinem Verhältnis. Sie ist absolut nicht gegen den Einbau der Schulküchen.

- 2.6 Vize-Stadtpräsident Remo Bill hat dem Stadtpräsidenten ebenfalls gesagt, dass es sich um eine dünne Vorlage handelt, die an die Gemeindeversammlung gehen muss. Ein privater Bauherr bekäme mit so einer Vorlage kein Geld. Er gibt Ivo von Büren Recht. Die Stadt braucht dringend ein Unterhaltskonzept für Hochbauten. Er bleibt dran.
- 2.7 François Scheidegger bemerkt, dass die Vorlage immerhin ein Antrag der BAPLUK ist. Vielleicht müsste die BAPLUK bei solchen Vorlagen genauer hinschauen. Die Verwaltung kann nachher nicht mehr wahnsinnig viel unternehmen. Die BAPLUK-Vorlagen werden dann dem Gemeinderat so unterbreitet. Nota bene war er sogar persönlich an der betreffenden BAPLUK-Sitzung anwesend.
- 2.8 Die Fragen aus dem Rat werden wie folgt beantwortet:
1. Folgekosten für Umbauarbeiten im Schulhaus Eichholz

Aquil Briggen orientiert, dass Umbauarbeiten erst im 2021 kommen, sie werden nicht so umfangreich wie hier sein. Es ist ein viel kleinerer Betrag. Es kommt ins Budget 2021, dort wird es beantragt werden.
 2. Anteil des Kochens

Gemäss Hubert Bläsi gibt es im Lehrplan 21 den Teilbereich „Ernährung und Gesundheit - Zusammenhänge verstehen und reflektiert handeln“. Die Hauswirtschaftslehrerinnen sagen, dass gekocht wird. Der Oberstufen-Schulleiter vertritt dies ebenfalls mit Vehemenz. Aus fachlicher Sicht wurde ein klares Ja gesagt. Er geht davon aus, dass das richtig ist.
 3. Rechtfertigung von CHF 500'000.00 für zwei Schulküchen

Aquil Briggen erläutert, dass sich die Kücheneinrichtungen auf CHF 160'000.00 belaufen. Der Rest sind Zuleitungen, Schreiner- und Malerarbeiten, Sanitärinstallation für Wasser, Abwasser etc., Elektroinstallation für die Backöfen, die andere Anschlüsse brauchen und im Moment noch nicht vorhanden sind. Bei den CHF 500'000.00 handelt es sich um eine Schätzung der ungefähren Kosten.
 4. Skizzen

Alexander Kaufmann, selbst BAPLUK-Mitglied, erwähnt, dass man in der BAPLUK das Gleiche diskutiert und verlangt hat, dass Skizzen zur Visualisierung dem Gemeinderat vorgelegt werden. Die BAPLUK hatte gar keine Wahl. Von den Terminen her war ganz klar, dass man in die Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2019 gehen will, so dass man es gar nicht hätte zurückweisen können. Man musste die Vorlage mit den entsprechenden Ergänzungen durchwinken.

Gemeinderätin Angela Kummer macht beliebt, dass alle Gemeinderäte, die in der BAPLUK sind, dort jeweils etwas genauer hinzuschauen. Die Vorlage hat in der SP extrem heftige Diskussionen ausgelöst. Eine Skizze zum 2. OG hätte sie auch gerne, da sich die Kosten der Innensanierung auch darauf beziehen. Die Fragen sollten zwingend auf die Gemeindeversammlung beantwortet werden.
 5. Geplanter Aufzug

Aquil Briggen erklärt, dass der Lift vom EG ins 2 OG führen wird. Beim Dach hat noch die Denkmalpflege ein Wörtchen mitzureden. Man wird sehen, was sie dazu sagt, wenn sie erfährt, dass man das Dach aufbrechen möchte.

Der Lift ist sicher für die Rollstuhlgängigkeit vom EG ins 2. OG drin. Der Grundriss des 2. OG fehlt. Die Nebennutzungen sind in der Vorlage erwähnt. Er kann diese Skizze noch machen. Es wird aber nicht viel darauf ersichtlich sein, da es sich nur um eine grobe, mögliche Raumaufteilung handeln wird.

6. Innensanierung

Angela Kummer möchte wissen, wie viel von der Innensanierung in einem Gesamtpaket gemacht werden muss und womit man allenfalls noch zuwarten könnte, wenn man den Schulraum erst in zwei, drei Jahren braucht. Ihr ist klar, dass das Schulhaus I nicht unbedingt in einem guten Zustand ist, aber für gewisse Zwischennutzungen würde es allenfalls schon noch reichen. Wann braucht man den Schulraum effektiv?

Laut Hubert Bläsi weiss man seitens Oberstufe, dass die zusätzlichen Klassen langsam in die Oberstufe hineinwachsen. Es braucht langsam immer mehr Schulbedarf in der Oberstufe. Es ist nicht so dringend. Der Schulleiter erklärt, dass er in den nächsten Jahren Bedarf im Schulhaus I hat. Bis dahin kann man den freien Raum vor allem für Sprachkurse nutzen.

Aquil Briggen ergänzt, dass ein Grossteil der Kosten klar aus den Schulküchen kommt. Wenn man die Handwerker (Maler, Schreiner) schon im Haus hat, muss man das machen.

Für Konrad Schliess geht es um ein ganzes Haus. Weil man jetzt den Gesamtbetrag spricht, sollte man es nachher auch gesamthaft planen. Ob die Ausführung ein halbes Jahr früher oder später gemacht wird, ist nicht entscheidend. Der Gesamtbetrag von 1.3 Mio. Franken ist hoch. Man ist unsicher, ob man allenfalls unter eine Mio. Franken kommen könnte. Wenn man es jetzt unter eine Mio. Franken gedrückt hätte, hätte man das Risiko, später der Salamtaktik bezichtigt zu werden, wenn es darüber ginge. Das wollte man nicht und hat sich deshalb bewusst für den risikobehafteten Weg über die Gemeindeversammlung entschieden. Man darf sich mit gutem Gewissen vor die Leute hinstellen und ihnen sagen, dass die Stadt dies jetzt aus zeitlichen Gründen unbedingt braucht. Wenn es dann billiger kommt, klatschen alle. Das Haus steht unter Denkmalschutz. Daher könnte man den Kanton für die speziellen zusätzlichen Kosten um die entsprechende Unterstützung anfragen.

Das ändert nichts am Bruttokredit, erwidert Aquil Briggen.

Gemäss François Scheidegger gilt das Bruttoprinzip. Er ist sicher, dass es nicht 1.3 Mio. Franken kosten wird.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Projekt Einbau der Schulküchen und Innensanierung im Schulhaus I und der dazu benötigte Ausführungskredit von CHF 1'300'000.00 zu Lasten IR 2020, Konto 2170.5XXX.XX werden bewilligt.
- 4.2 Es wird zur Kenntnis genommen, dass davon CHF 500'000.00 im Investitionsbudget 2020 belastet werden und CHF 800'000.00 im Jahr 2021 zu budgetieren sind.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD
FV
SV

2.7.1 / acs

Friedhof: Umgestaltungsplan für neues Baumurnengrab Friedhof: Umgestaltungsplan, für neues Baumurnengrab

Vorlage: BAPLUKB 62/04.11.2019

- 1 Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1 Stadtbaumeister Aquil Brigger fasst die Vorlage anhand einer Präsentation zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 2 Eintreten
 - 2.1 Wie Gemeinderätin Angela Kummer ausführt, haben sich die drei im Jahr 2016 eingeführten neuen Bestattungsarten mit Gemeinschaftsgräbern, Baum- und Wiesenurnengräbern bewährt. Das teuerste Baumurnengrab ist aber beliebter als man hätte vermuten können. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion den Umgestaltungsplan für ein weiteres Baumurnengrab nördlich oder westlich des bestehenden Grabs. Positiv ist, dass man mit 105 Grabstellen etwas weiter vorausplant als beim bisherigen Grab mit 70 Plätzen. Die Vorlage kommt etwas dürrig daher und verweist stark auf die frühere Vorlage, was etwas mühsam ist. Sie hat daher selber einen Augenschein auf dem Friedhof genommen: zwei Sachen sind ihr dabei aufgefallen: Erstens die „Bäume“ sind sehr klein, das heisst sie sehen eher wie Sträucher aus. Zweitens beinhaltet die Anlage sehr viele grosse Bodenplatten, Urnenplatten und Steine. Die Begrünung hält sich stark in Grenzen, wohl auch um den Unterhalt zu minimieren. Sollten diese Grabarten stark zunehmen, hat die SP-Fraktion Bedenken, dass der Friedhof teilweise zu einer Steinwüste verkommt. Der Friedhof Grenchen ist ein Vorzeigebeispiel einer grünen Lunge in der Stadt, die man so bewahren möchte. Der SP stellt sich die Frage, wie die Umgestaltung des Friedhofs in den nächsten Jahren angedacht ist.
 - 2.2 Die Meldung, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, dass die Belegung des Baumurnengrabs voraussichtlich im Frühling 2020 ausgeschöpft ist, erstaunt im ersten Moment. Denn erst kürzlich wurde diese neue Möglichkeit auf dem schönen Friedhof von Grenchen geschaffen, welche nun rege genutzt wird. Als im Jahr 2016 über die Bestattungen der Zukunft beraten wurde, traf der ehemalige Leiter Stadtgrün Tobias Würsch mit dem Vorschlag, Baumurnengräber anzubieten, den Nerv der Zeit. Diese Art von Bestattungsmöglichkeit wertet den Friedhof auf, der Arbeitsunterhalt hält sich in Grenzen sowie die Kosten der Erstellung und die zukünftigen Einnahmen beim Grabverkauf halten sich die Waagschale. Ein alles in allem guter und zukunftsgerichteter Entscheid, an welchem die CVP gerne weiter festhalten will.

Eines jedoch muss an dieser Stelle noch erwähnt werden. Die Vorlage, welche einen Planungs- und Ausführungskredit von CHF 440'000.00 Franken enthält, kommt relativ dünn daher und enthält ein absolutes Minimum an Information. Nun stellt sich bei der CVP die Frage, wieso dies von der BAPLUK nicht beanstandet resp. so durchgewinkt wurde. Sie ist für Eintreten, wünscht sich aber in Zukunft von der Baudirektion ausführlichere Informationen zu einem Projekt mit zeitlichem Ablauf und einem gezeichneten Projektplan.

- 2.3 Laut Gemeinderat Marc Willemin ist die SVP-Fraktion dafür, dass jederzeit eine ehrwürdige und wünschenswerte Bestattung gewährleistet ist. Sie wird der Vorlage ohne Vorbehalte zustimmen und dankt der Baudirektion für ihre Planungsarbeit.
- 2.4 Gemeinderat Konrad Schleiss meint, dass in der FDP-glp-Fraktion die gleiche Diskussionen geführt wurden. Es war ihr nicht klar, wo dann das Feld ist. Es ist kein fertiges Projekt. Normalerweise müsste man auf einem fertigen Projekt basieren können. In der BAPLUK gab es ebenfalls diese Diskussionen, aber auch dort wurde gesagt, dass man keine Zeit hat, aber normalerweise müsste ein Projekt einen fertigen Standort mit einer klaren Kostenschätzung und einen Zeitplan enthalten, damit dem zugestimmt werden kann. In dem Sinne hat die FDP-glp Fraktion ein wenig mit Murren zur Kenntnis genommen, dass man im Moment nicht mehr hat als das, was vorliegt, und das Projekt bereits nächstes Jahr umgesetzt werden soll. Sie hofft, dass man in Zukunft bei solchen Geschäften mehr Unterlagen erhält, damit man klarer sagen kann, was man will und was nicht.
- 2.5 Gemeinderätin Nicole Hirt regt sich auf, wenn sie das sieht. Will man jetzt auf dem Friedhof Helikopterlandeplätze, Panzerpisten oder Abstellplätze für irgendwelche Campingwagen realisieren? Das hat doch gar nichts mit einem Baumurnengrab zu tun. Sie war letztthin an einer Abdankung auf dem Friedhof und schockiert darüber, was man unter einem Baumurnengrab versteht. Das sind bessere Büschli, die irgendeinmal wachsen und nach 20 Jahren alle stören und dann weggerissen werden. Sie wehrt sich dagegen, dass eine Steinwüste aus dem Friedhof gemacht wird. Der Gemeinderat hat die Motion Remo Bill (SP) „Hitzeinseln meiden - Schottergärten mindern“ erheblich erklärt, wo man ganz klar diesen Steinwüsten und Schottergärten entgegenwirken will. Und was macht man auf dem Friedhof? Genau das. Ihr ist nicht klar, weshalb man wieder mit Buchsbäumen kommt. Im Budget 2020 wurde ein Kredit aufgenommen, um dem Problem Herr zu werden, und jetzt redet die Baudirektion wieder von Buchsbäumen. Sie kann das einfach nicht fassen. Sie wird der Vorlage so nicht zustimmen, wenn die Baudirektion wirklich im Sinne hat, hier eine Steinwüste zu planen. Sie stellt sich unter einem Baumurnengrab etwas anderes vor.
- 2.6 Gemeinderat Daniel Hafner unterstützt vollumfänglich das Votum von Nicole Hirt. In der SP-Fraktion gab es wegen der dürftigen Informationen ebenfalls Diskussionen darüber, was ein Baumurnengrab ist. Das war aufgrund der Pläne nicht ersichtlich. Man hat jetzt die Bilder gesehen - Nicole Hirt sprach von Panzerpiste, Helikopterlandeplatz. Der Grenchner Friedhof ist wirklich ein Bijou. Wenn die Tendenz so weitergeht, ist das Bijou irgendeinmal Geschichte. Das Baumurnengrab ist grundsätzlich eine gute und sympathische Idee, aber wo die Bäume sind, ist ihm nicht klar. Er findet es höchst problematisch, dass dem Gemeinderat so eine Planung mit dem Wort „Baumurnengrab“ vorgelegt wird.

- 2.7 Aquil Briggen dankt Angela Kummer, dass sie auf den Friedhof gegangen ist. Die Baudirektion hat bei Bäumen, die zu nahe an den Wegen stehen, riesige Probleme wegen den Wurzeln, die den Belag dann 20 bis 30 cm heben und zu Stolperfallen für ältere Personen werden. Deshalb ist man mit der Baumgrösse etwas zurückgegangen. Er kann sich der Meinung des Gemeinderates aber anschliessen und nimmt den Punkt „Bäume“ auf. Mit dem Leiter Stadtgrün wird er prüfen, ob man in der Erweiterung vielleicht etwas Grösseres hinstellen könnte, aber eine riesige Eiche wird es sicher nicht sein. Er ist auch sehr gerne bereit, den Punkt „Steinwüste“ aufzunehmen. Man könnte in der Erweiterung die einzelnen Baumgruppen vielleicht etwas enger planen. Dadurch gäbe es vielleicht eine Baumgruppe mehr und es wäre etwas aufgelockerter und grüner. Man muss aber aufpassen, dass es vom Architektonischen her die Proportionen des Bestehenden behält. Auf die Kritik, dass es wie eine Panzerplatte, Helikopterlandeplatz sei, muss er entgegnen, dass die Nachfrage für diese Art gigantisch da ist. Die Leute wollen das. Deshalb haben die Leute vielleicht nicht den Eindruck, dass es eine Steinwüste ist.

Eintreten wird geschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill erkundigt sich, ob die Planung intern oder extern gemacht wird.
- 3.2.1 Laut Aquil Briggen wird die Baudirektion die Planung aus Kapazitätsgründen nicht intern machen können. Hier wird man einen Externen beiziehen müssen. Man hat die alten Pläne noch und wird sie dem Planer übergeben, damit es nicht allzu viel kostet.
- 3.2 Remo Bill schlägt vor, dass man das Projekt mit einem Plan nochmals dem Gemeinderat zur Orientierung zeigt. Er will aber keine 2. Lesung.
- 3.3 Gemeinderat Alexander Kaufmann begrüsst den Vorschlag seines Vorredners. Sicher sollte man das Projekt heute genehmigen und nicht verhindern. Es wäre gut, wenn man nochmals mit einem ganzen Plan kommen würde. Vor allem wäre er froh, wenn man einmal eine Gesamtübersicht des Friedhofs bringen könnte. Das hier ist nur ein Ausschnitt. Dieser Friedhof ist von den Flächen her sehr gross. Viel grösser als man das hier sieht. Wenn man nur einen Ausschnitt betrachtet, kommt das extrem daher, aber im Gesamtkontext sieht das ganz anders aus.
- 3.4 Wenn, so Angela Kummer, schon ein Gesamtplan gefordert wird, wäre sie froh, wenn die Baudirektion im selben Zug auch aufzeigen könnte, wie man sich den Friedhof in 10 oder 20 Jahren vorstellen könnte. Ihr ist absolut bewusst, dass der Friedhof im Moment noch sehr grün ist und das nur Tendenzen sein können, die übrigens sehr ästhetisch daher kommen. Sie fände es wichtig zu wissen, wie der Friedhof entwickelt werden könnte. Das ist natürlich immer ein wenig abhängig davon, was die Nachfrage ist.
- 3.5 François Scheidegger bezieht sich auf die Idee, die Familiengräber in diesem Zusammenhang aufzuheben. Wenn das die Einzigen wären, müsste man das genauer anschauen. Da hat man immerhin im Reglement. So einfach geht das dann nicht.
- 3.6 Nicole Hirt ist für ein Baumurnengrab, sie stellt sich aber etwas anders darunter vor. Sie will das nicht verhindern, aber wenn sie hier ja sagt, weiss sie nicht, was nachher kommt und das will sie nicht und deshalb sagt sie nein. Beim von Remo Bill geforderten Plan geht es nur noch um eine Orientierung und nicht mehr um einen Beschluss.

- 3.7 Für Matthias Meier-Moreno fragt, ob es nicht die Möglichkeit gäbe, zwei Varianten vorzulegen, so wie die bestehende Anlage und etwas, wo es mehr Grün hat.
- 3.7.1 Gemäss Aquil Briggen hat man mit dem Wiesenurnengrab die Möglichkeit, eine Urne unter einem Baum zu begraben. Auf dem Wiesenurnengrab hat man Bäume. Dort hat es noch viel Platz. Die Nachfrage beweist, dass etwas anders gesucht ist, vielleicht weil man dann keine schmutzigen Schuhe etc. hat. Die Baudirektion kommt einer Nachfrage entgegen und sonst nichts. Die anderen Formen mit Grün und Baum gibt es schon im Wiesenurnengrab.
- 3.8 François Scheidegger nimmt den Wunsch entgegen, dass der Stadtbaumeister vor der Ausführung nochmals in den Gemeinderat kommen und orientieren soll.

Es ergeht mit 13 : 2 Stimmen folgender

- 4 Beschluss
- 4.1 Das Projekt Umgestaltungsplan Friedhof für ein neues Baumurnengrab und der dazu benötigte Planungs- und Ausführungskredit von CHF 440'000.00 zu Lasten IR 2020, Konto 7710.5XXX.XX werden bewilligt.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD
FV

7.4 / acs

Kulturkommission: Demission von Salome Kohli als Ersatzmitglied, Ersatzwahlvorschlag der FDP. Die Liberalen: Silvan Schreiber

Vorlage: KZL/22.10.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Anne-Catherine Schneeberger, Kanzleichefin, verweist auf die Vorlage.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Demission von Salome Kohli als Ersatzmitglied der Kulturkommission wird unter Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.

4.2 Silvan Schreiber, Hasenmattstrasse 7, 2540 Grenchen, wird für den Rest der Amtsperiode 2017-2021 als Ersatzmitglied der Kulturkommission gewählt.

Zu eröffnen an: - Silvan Schreiber, Hasenmattstrasse 7, 2540 Grenchen
- André Weyermann, Präsident KUKO, Kirchstrasse 51, 2540 Grenchen
- Jürg Lerch, Präsident FDP, Fichtenweg 2, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL (Eröffnungen), Stadtpräsidium (Vereidigung)

KZL (Behördenverzeichnis)
KSF
Stadtpräsidium

0.1.8 / acs

Reglement zum Planungsausgleich: Änderung § 6

Vorlage: Tischvorlage KZL/19.11.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Stadtschreiberin Luzia Meister ausführt, sind aufgrund der Rückmeldung des Kantons (Bau- und Justizdepartement) folgende Präzisierungen in § 6 vorzunehmen:

§ 6 Zuständigkeit

¹ Für die Erhebung und die Berechnung der Ausgleichsabgabe ist die Baudirektion zuständig; für verwaltungsrechtliche Verträge¹ ~~legt die Gemeinderatskommission Vorgehen und Kompetenzen fest.~~

² Über die Verwendung des Ertrags ~~wird im Rahmen von konkreten Projekten nach § 3 entschieden.~~ Die Finanzkompetenzen gemäss § 16 GO bleiben vorbehalten.

¹ Für die Erhebung und die Berechnung der Ausgleichsabgabe ist die Baudirektion zuständig. Für verwaltungsrechtliche Verträge² ist die Gemeinderatskommission zuständig; sie kann die Zuständigkeit bis Fr. 25'000.– an die Baudirektion delegieren.

² Über die Verwendung des Ertrags entscheidet die für die Erhebung zuständige Behörde. Die Finanzkompetenzen gemäss § 16 GO bleiben vorbehalten.

- 1.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger handelt es um eine reine Formsache. Das Geschäft ist für die Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2019 traktandiert.

2 Eintreten

- 2.1 Für Gemeinderat Ivo von Büren geht die Änderung von § 6 in Ordnung.
Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Gemeinderat genehmigt die geänderte § 6 zuhanden der Gemeindeversammlung gemäss Tischvorlage vom 19.11.2019.

¹ Dazu PAG § 2 Abs. 2.

² Dazu PAG § 2 Abs. 2.

Vollzug: Stadtschreiberin

GV
Stadtschreiberin

7.9.0 / acs

Kleine Anfrage Nicole Hirt (glp): Landkäufe resp. -verkäufe: Einreichung

- 1 Mit Datum vom 19. November 2019 reicht Nicole Hirt (glp) folgende kleine Anfrage ein:
 - 1.1 Text der kleinen Anfrage:

Im Zusammenhang mit der im Projekt Kompass verabschiedeten Strategie wo immer möglich Land in den Besitz der Stadt zu bringen, bitte ich den Stadtpräsidenten um Beantwortung der folgenden Fragen:

 1. *Wie viel Land (Fläche), aufgeteilt in Bau- resp. Gewerbe-/Industriezone wurde in den letzten 10 Jahren von der Stadt Grenchen erworben? Aufwand?*
 2. *Wie viel Land (Fläche), aufgeteilt in Bau- resp. Gewerbe-/Industriezone wurde in den letzten 10 Jahren verkauft? Erträge?*
 3. *Wie viele Arbeitsplätze sind auf diesen Flächen entstanden?*
 4. *Wie viel Land (Fläche) wurde in den letzten 10 Jahren im Baurecht weitergegeben? Erträge?*
 5. *Mit welcher Summe wurden in den letzten 10 Jahren Firmen von der Wirtschaftsförderung unterstützt, aufgeteilt in hiesige Firmen und Neuansiedlungen?*
- 2 Die schriftliche Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD
Wifö
FV

0.9.1 / acs